

Haushaltsrede zum Haushalt 2022

Die Freien Wähler haben sich intensiv mit dem Haushalt beschäftigt und im Rahmen der Klausur extern beraten lassen, um den Entwurf auch unabhängig prüfen zu lassen.

Uns Freien Wählern geht es um eine inhaltliche, sachliche Beratung und Bewertung des Haushaltes.

Kritisch sehen wir in diesem Zusammenhang die geplante Gesamtverschuldung, diese steigt von 229 Mio. € im Jahr 2020 auf über 306 Mio. € im nächsten Jahr.

Dies stellt eine nicht unerhebliche Belastung, insbesondere bei den Abschreibungen, Zinsen und Tilgung, für zukünftige Haushalte dar.

Die geplanten Investitionen, insbesondere beim Schulbau, werden in der Zukunft noch weitere Folgekosten verursachen, die unseren Haushalt zusätzlich belasten werden.

Die Freien Wähler stehen zur geplanten Schulbauinitiative, im Rahmen der heutigen Beratung muss jedoch auch die Grundsatzfrage gestellt werden, ob unsere Städte und Gemeinden in der Lage sind, ein solches Projekt mit einem Gesamtvolumen von rund einer halben Milliarde Euro überhaupt stemmen zu können.

Ohne finanzielle Hilfen von Bund und Land wird das in diesem Umfang nicht möglich sein, zumindest nicht im Kreis Groß-Gerau.

Dies wird durch die Werte bei den Umlagegrundlagen für die Kreis- und Schulumlage deutlich, hier liegen wir im hessenweiten Vergleich leider auf dem 19. von 21 Plätzen aller Kreise in Hessen.

Diese Werte zeigen ebenso den dringenden Handlungsbedarf auf Landesebene, hier muss der kommunale Finanzausgleich zeitnah überarbeitet werden, um eine angemessene Finanzausstattung der Kreise zu gewährleisten.

Es hilft aber nicht nur auf Hilfe aus Wiesbaden und Berlin zu hoffen, nein wir müssen auch selbst aktiv werden.

Aufgrund des Volumens von rund 460 Mio. € für die Schulbauinitiative sehen die Freien Wähler hier die Chance beim Bau und Betrieb der Schulen Geld zu sparen.

Die Entscheidung alle Schulen in Passivhausweise zu bauen, ist ein rein politischer Beschluss und sollte aus unserer Sicht zumindest nochmal überprüft werden.

Moderne Effizienzhauskonzepte KfW40 oder KfW40 Plus können in einer Gesamtbetrachtung zielführender und wirtschaftlicher sein, ohne den ökologischen Anspruch dabei zu mindern.

Nullenergiehäuser bzw. Plusenergiehäuser erzeugen über das Jahr so viel Energie wie sie selbst verbrauchen.

Die Kosten können bei diesen Gebäuden um bis zu 10% niedriger liegen, als bei einer Passivhausbauweise. Bei einem Volumen von rund 460 Mio. € wäre hier ein erhebliches Einsparpotential vorhanden.

Dies gilt es zumindest zu prüfen.

Die Freien Wähler werden dazu im nächsten Jahr einen entsprechenden Antrag einbringen.

Positiv konnten wir feststellen, dass in diesem Haushalt tatsächlich gearbeitet wurde, um die ausufernden Personalkosten endlich zu begrenzen.

Die Wiederbesetzungssperre erachten wir hierbei als ein angemessenes Mittel.

Ebenso begrüßen wir die Einbindung des Landesrechnungshofes, um mögliche strukturelle Defizite und Arbeitsfelder aufzuzeigen.

Genauso befürworten wir die Beteiligung an der „PD-Berater der öff. Hand“, zur Unterstützung der Verwaltung. Hier wünschen wir uns allerdings eine stärkere, aktivere Einbindung der Politik in den Beratungsprozess.

Einige kritische Anmerkungen zu den Investitionen haben wir dennoch. So werden für die grundhafte Erneuerung der Parkflächen am Landratsamt über 4 Mio. € eingeplant – die Umsetzung der Maßnahmen für den Radverkehr bleiben jedoch auf dem jährlichen Niveau von 2 Mio. € bis 2025.

So wird die Verkehrswende nicht gelingen!

Noch weniger plausibel erscheinen uns die Kosten für eine Erschließungsstraße nördlich der Kreisklinik von fast 6 Mio. € in den Jahren 2024 und 2025.

Abgesehen von den Parkflächen und der vorgenannten Straße fehlen uns als Fraktion aber die klaren Einsparpotentiale in dem vorgelegten Haushalt.

Aus Sicht der Freien Wähler ist ein genehmigter Haushalt für unseren Kreis wichtiger als ein endloser Streit über Bemessungsgrundlagen und sonstige Indikatoren.

Gerade in der aktuellen Situation ist eine handlungsfähige Kreisverwaltung für uns unabdingbar und von großer Bedeutung für die Menschen im Kreis Groß-Gerau, insbesondere in einer pandemischen Lage von diesem Ausmaß.

Zu dieser Verantwortung stehen wir.

Den Antrag der CDU, die Beschlussfassung über den Haushalt zu verschieben, lehnen wir daher mehrheitlich ab.

Zum Thema Kreisklinik möchte ich anmerken, dass diese gerade in der bereits erwähnten pandemischen Lage einen wichtigen Beitrag für die Gesundheit der Menschen in unserem Kreis geleistet hat, aus meiner Sicht sogar einen unverzichtbaren Beitrag.

Selbstverständlich müssen wir als politisch Verantwortliche immer die Finanzen und wirtschaftlichen Aspekte im Blick haben, die Verluste der Klinik dürfen unter keinen Umständen, wie in der Vergangenheit ausufern.

Im Focus unserer Arbeit müssen aber immer die Menschen und ihre Gesundheit stehen, daran werden wir gemessen werden.

Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders allen Bediensteten in der Kreisklinik für ihre tägliche Arbeit den Dank unserer Fraktion ausdrücken, bleiben Sie gesund.